

## Simbabwes neue Verfassung

*Bis Ende Dezember soll eine erste Fassung fertig sein, im März wahrscheinlich ein Referendum dazu stattfinden. Doch was bringt diese neue Verfassung und ist sie zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt sinnvoll?*

Die derzeit gültige Verfassung für Simbabwe stammt immer noch aus der Zeit der Unabhängigkeit und ist seit 1981 in Kraft. Bereits zehn Jahre nach der Verabschiedung hätte Simbabwe das *Lancaster House-Abkommen*, das zwischen der britischen Regierung, den Befreiungsbewegungen und der damaligen rhodesischen Regierung verhandelt worden war, absetzen und in eine neue Verfassung umwandeln können. Stattdessen hat die simbabwische Regierung die Verfassung mit insgesamt 19 Änderungen immer wieder versucht anzupassen.

Interessanterweise hat die 19. Änderung mit dazu beigetragen, dass die Opposition im März 2008 die Wahl gewinnen konnte. Im Koalitionsvertrag (*Global Political Agreement GPA*) wurde vereinbart, dass die nächsten Wahlen unter einer neuen Verfassung stattfinden sollen. Für viel Aufregung sorgte ein Verfassungsentwurf (*Kariba Draft Constitution*), den die politischen Parteien MDC und ZANU-PF bereits 2007 unter Ausschluss der Bevölkerung in Kariba schrieben.

Der Koalitionsvertrag sieht einen Prozess zur Findung einer Verfassung vor, der allerdings innerhalb von 19 Monaten abgeschlossen werden sollte. Viele aus der Zivilgesellschaft und der Opposition befürchteten, dass die Bevölkerung nun wieder um ihr Recht gebracht werden soll, an einer Verfassung mitzuwirken. Schon früh war klar, dass der national angestoßene Prozess zur Diskussion einer neuen Verfassung durch die derzeitige politische Situation, durch die gegebenen Machtverhältnisse und die Gewalt von Seiten der ZANU-PF und ihren paramilitärischen Gruppen, zum Scheitern verurteilt war. Trotzdem bereiteten sich Kirchen und NGOs mithilfe von politischen Bildungsmaßnahmen auf die landesweit durchgeführten Anhörungen vor und ermunterten die Menschen, ihre Meinung mündlich oder schriftlich abzugeben.

In vielen Fällen waren die Anhörungen eine Farce: Die ZANU-PF karrete ihr Anhänger mit Bussen zu den Veranstaltungsorten, kontrollierte die Aussagen und verhinderte unabhängige Meinungen bereits im Voraus. Nicht nur in Harare kam es zu gewaltvollen Ausschreitungen, sodass der ganze Prozess zum Erliegen kam. Unklar ist bis heute, wie die durch die Anhörungen gewonnenen Erkenntnisse, sowie die Eingaben aus der Zivilgesellschaft und der Parteien zu einem einheitlichen Dokument verarbeitet werden. Das ist Sache der COPAC, des dafür eingerichteten parlamentarischen Gremiums. Die UNDP, die den Prozess finanziert, hat durch die Einführung von sogenannten technischen Beratern dafür gesorgt, dass auch zivilgesellschaftliche Kräfte, Kirchen und traditionelle Führer am Verfassungsprozess

mitwirken können. Laut Zeitplan soll Ende des Jahres ein erster Entwurf vorgelegt und im März mit einem Referendum über diesen Entwurf in der Bevölkerung abgestimmt werden.

Rev. Useni Sibanda, der für die Christian Alliance an dem Prozess beteiligt ist, ist zuversichtlich, dass sie es schaffen werden. Allerdings sieht er aufgrund der Art des Prozesses, dass hier nur ein Übergangsdokument geschaffen wird, das aber zumindest dabei hilft, die Wahlen ordnungsgemäß über die Bühne zu bringen. Dazu gehört, dass die Wahlkommission neu und demokratisch gewählt wird und dass sie das alleinige Recht hat, die Wahlergebnisse am Ende zu verkünden. Damit müssten sich auch die Militärs fügen, denn würden sie die Ergebnisse dieses Gremiums nicht anerkennen, würde es sich um einen Putsch handeln – und das kann sich angesichts der Lage in der SADC nicht einmal Simbabwe erlauben.

Die große Frage wird dieses Mal sein, ob ein Verfassungsentwurf bei einem Referendum durchgehen wird. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen haben sich aus dem Prozess zurückgezogen, da sie keine Möglichkeit sehen, ihre Anliegen tatsächlich einzubringen. Im Jahr 2000 erfuhr das Mugabe-Regime mit der Ablehnung des Referendums eine Niederlage, die eine Welle von Gewalt nach sich zog. Höhepunkt der Niederlage waren dann die Wahlen 2008, aus der die MDC eigentlich als Sieger hätte hervorgehen müssen.

Timothy Kondo von ANSA ist sich nicht sicher, ob die Mehrheit hinter einer Verfassung stehen wird, die unter diesen Umständen entstanden ist. Es muss sehr genau geprüft werden, wer von dem neuen Dokument profitiert und ob es über das hinausgeht, was bereits vorhanden ist. „Immerhin hat die 19. Verfassungsänderung dazu beigetragen, dass Mugabe die Wahl nicht mehr so deutlich fälschen konnte wie in den Jahren zuvor!“